

Zu den Kommunal финанzen 1998/99

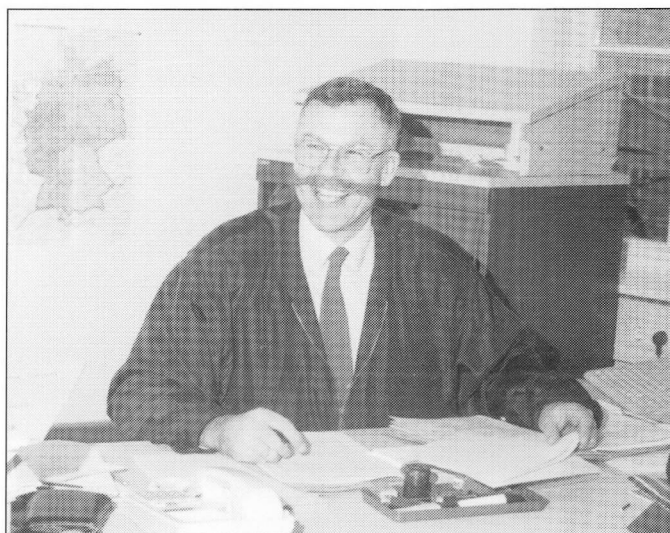
Die Kommunen des Landes haben in den letzten Jahren zum Teil erhebliche Ausgabenkürzungen vorgenommen, um ihre Haushalte zu konsolidieren. Ob die Einsparmaßnahmen der Kommunen in den letzten Jahren sachgerecht erfolgten und mittelfristig die Ansätze des Umdenkens im politischen Raum relevant bleiben werden, läßt sich anhand der vorliegenden Erhebungsergebnisse natürlich nicht beurteilen. Mit Sicherheit kann man jedoch sagen, daß die Einsparungen in der amtlichen Statistik schon gegriffen haben. Außerdem ist auch künftig mit negativen Konsequenzen für die Bereitstellung der Ergebnisse zu rechnen.¹ Da zum Beispiel die bundeseinheitlich zentral erstellten EDV-Programme für die Aufbereitung der kommunalen Schuldenstandstatistik nicht rechtzeitig konzipiert und erstellt wurden, konnten zum üblichen Veröffentlichungstermin (Anfang April des Folgejahres) nur hilfswise, mit der sprichwörtlichen „Hand am Arm“ ermittelte Daten vorgestellt werden. Erfreulicherweise wiesen die Ergebnisse der Vorwegauswertung der Schuldenstandstatistik auf Landesebene nur geringe Mängel auf. Dafür enthalten die Ergebnisse der kommunalen vierteljährlichen Kassenstatistik für das Jahr 1998, wie nachträgliche, stichprobenartige Überprüfungen zeigten, noch einige Unschärfen. Auch das maschinelle Schätzverfahren, welches bei der Aufbereitung der kommunalen Haushaltsansatzstatistik bei verspäteten Meldungen bzw. für die Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohner zum Einsatz kommt, zeitigte einige fragwürdige Ausreißer, für deren eingehende Untersuchung jedoch das Personal fehlt(e).

Da in Land und Bund amtspolitisch der Aktualität eine hohe Priorität eingeräumt wird, aber auch weiterhin die Datenbereitstellung durch einen Teil der Kommunen mit fast schon erschreckender Großzügigkeit – sprich: Fehlerhaftigkeit – erfolgt, wird künftig mit eher zunehmenden Mängeln in statistischen Ergebnissen zu rechnen sein.

Aussagekraft der Angabe „kommunaler Schuldenstand“ begrenzt

Der Schuldenstand der Kommunen am Jahresende ist nur ein Indikator von vielen zur Beurteilung der kommunalen Finanzlage. Er sollte nicht überschätzt werden, wenn zum Beispiel örtlich Schulden durch entsprechende freie, mittelfristige Einnahmen oder gar Rücklagen – die aus der Statistik leider nicht ermittelt werden können – mit ziemlicher Sicherheit getilgt werden können oder wenn sie wirklich „rentierlich“ sind, was (früher) bedeutet(e), daß die mit der Schuldaufnahme verbundene Investition die Tilgung, den Zins sowie sogar einen kleinen Gewinn erwirtschaften ließ. Trotz der in letzter Zeit sehr günstigen Zinssätze für die kommunalen Kredite dürften einige Kommunen mittlerweile einen Schuldenberg angehäuft haben, der zumindest die künftigen Generationen bezüglich ihres Gestaltungsspielraumes erheblich einengt, wenn nicht schon jetzt da und dort „fast nichts mehr geht“.²

Der hier verwendete Schuldenstands begriff umfaßt sowohl die Schulden am Kreditmarkt als auch bei Verwaltungen, also bei an-



Der Autor: Dipl.-Volkswirt Adalbert Ullrich ist Leiter des Referats "Öffentliche Finanz- und Personalwirtschaft" im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

¹ Auch die seit langem geplante Erneuerung der Aufbereitungsprogramme in der vierteljährlichen Kassenstatistik, der Haushaltsansatzstatistik, aber auch des Personalstandes mit dem Ziel, trotz des verringerten Personals qualitativ bessere Daten zu erzeugen, ist überfällig und wird erst in einigen Jahren realisiert werden können. Zum Stellenabbau vgl. Leibing, Eberhard zum Beispiel im Mannheimer Morgen vom 25. Mai 1999 „Die Sünder in Stuttgarts Ministerien“.

Die amtliche Statistik als neutraler Beobachter darf jedoch nicht weiter Terrain verlieren an Dritte, die zum Teil mit eigenen Umfragen, Schätzungen und Analysen zu informieren suchen. Vgl. zum Beispiel Karrenberg, Hanns: Die Finanzlage der Kommunen in den alten und neuen Ländern 1998 und 1999, in: der Gemeindehaushalt, Heft 5/1999, S. 97 ff.

² Dies trifft vorrangig auf die durch die hohen Sozialleistungen seit längerem überforderten Stadt- und Landkreise zu. Die hohen Umlagen der ersteren schnüren aber die kreisangehörigen Gemeinden seit geraumer Zeit zunehmend finanziell ein. (Die Kreisumlagen stiegen von 1,9 Mrd. im Jahre 1990 auf 3,6 Mrd. im Jahr 1998.) So meldeten 150 der 774 zur kommunalen Haushaltsansatzstatistik berichtspflichtigen Kommunen für 1999 negative Nettoinvestitionsraten, das heißt, die geplanten Zuführungen an die Vermögenshaushalte sind (unzulässigerweise) kleiner als die erwarteten Kredittilgungen und -beschaffungskosten.

deren öffentlichen Händen. Letztere einzubeziehen birgt das Risiko von Doppelzahlungen, da einzelne Berichtsstellen untereinander verschuldet sein können. Dieses Risiko wird jedoch für gering eingeschätzt. Denn erstens entfallen vom Schuldenstand Ende 1998 rund 93 % auf Schulden am Kreditmarkt und zweitens ist eine Konsolidierung anhand der vorliegenden Daten nicht möglich.

Die oft anzutreffenden „eleganten Lösungen“, bei denen mit letztlich nur optischer Schöpfung der Kämmereihaushalte relativ hohe Schuldbeträge Eigenbetrieben oder öffentlichen Unternehmen zugeordnet werden, führt nicht weiter,³ denn diese müssen

³ Immerhin haben seit 1995 von 275 Kommunen rund 450 Ausgliederungen gemeldet. Für diese waren (schätzungsweise!) über 600 Mill. DM Personalausgaben im Kämmereihaushalt verausgabt worden. 1998 und 1999 wurden jeweils 50 Ausgliederungen mit zusammen etwa 55 Mill. DM Personalausgaben bekannt.

Tabelle 1

Kommunale Schulden in Baden-Württemberg am 31. Dezember 1998 nach Körperschaftsgruppen und Gemeindegrößenklassen*)

Körperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse	Ein- wohner am 30. Juni 1998	Schuldenstand insgesamt		Veränderungs- rate zum Vorjahr ¹⁾		Kämmerei- haushalt		Veränderungs- rate zum Vorjahr ¹⁾		Eigenbetriebe		Veränderungs- rate zum Vorjahr ¹⁾	
				Absolut- Ver- schul- dung	Pro- Kopf- Ver- schul- dung			Absolut- Ver- schul- dung	Pro- Kopf- Ver- schul- dung			Absolut- Ver- schul- dung	Pro- Kopf- Ver- schul- dung
		Mill. DM	DM je Ein- wohner	%		Mill. DM	DM je Ein- wohner	%		Mill. DM	DM je Ein- wohner	%	
Stadtkreise	1 917 473	6 984	3 642	- 4,3	- 4,0	4 397	2 293	- 9,4	- 9,4	2 587	1 349	+ 5,7	+ 6,0
davon mit ... bis unter ... Einwohnern													
50 000 – 100 000	52 689	140	2 654	-10,8	-10,5	105	1 985	- 8,2	- 7,9	35	670	-17,7	-17,5
100 000 – 200 000	493 872	1 606	3 252	- 6,1	- 5,9	856	1 733	-12,1	-11,8	751	1 520	+ 1,7	+ 2,0
200 000 und mehr	1 370 912	5 238	3 821	- 3,5	- 3,3	3 437	2 507	- 8,7	- 8,5	1 801	1 314	+ 8,1	+ 8,4
Kreisangehörige Gemeinden	8 490 906	15 175	1 788	+ 3,7	+ 3,5	8 187	964	- 4,4	- 4,7	6 988	823	+15,3	+15,0
davon mit ... bis unter ... Einwohnern													
unter 1 000	48 268	42	864	+ 3,7	- 1,4	40	820	+ 5,5	+ 0,3	2	44	-22,1	-25,9
1 000 – 3 000	608 057	669	1 100	+ 0,6	+ 1,5	572	940	- 2,7	- 1,8	97	160	+25,6	+26,7
3 000 – 5 000	900 349	1 047	1 163	+ 4,0	+ 2,8	826	917	+ 0,4	- 0,8	222	247	+20,4	+18,9
5 000 – 10 000	1 833 761	2 710	1 477	+10,0	+ 9,0	1 536	838	+ 2,0	+ 1,0	1 174	640	+22,7	+21,5
10 000 – 20 000	1 998 912	3 731	1 866	+ 2,5	+ 2,7	1 888	945	- 3,5	- 3,3	1 842	922	+ 9,6	+ 9,8
20 000 – 50 000	2 113 717	4 682	2 215	+ 5,8	+ 5,7	2 323	1 099	- 5,0	- 5,0	2 359	1 116	+19,1	+19,1
50 000 und mehr	987 842	2 293	2 321	- 4,1	- 3,9	1 003	1 015	-17,3	-17,2	1 290	1 385	+10,2	+10,4
Landkreise	8 490 906	3 154	371	+10,2	- 9,9	2 859	337	- 0,1	- 0,3	295	35	+ 1,1	+ 1,0
Landeswohlfahrtsverbände	10 408 379	149	14	+13,1	+13,0	149	14	+13,1	+13,0				
Gemeinden/Gv. zusammen	10 408 379	25 462	2 446	+ 1,0	+ 0,8	15 592	1 498	- 5,0	- 5,1	9 870	948	+12,2	+11,9
Zweckverbände													
kameralistisch buchende	10 408 379	983	94	+16,0	+15,0								
kaufmännisch buchende	10 408 379	1 514	145	- 3,0	- 3,0								
Krankenhäuser	10 408 379	521	50	- 4,0	- 4,0								
Wirtschaftsunternehmen zusammen ..	10 408 379	15 698	1 508	- 1,0	- 1,0								
überwiegend in kommun. Besitz ²⁾	10 408 379	13 257	1 274								
überwiegend im Besitz des Landes ³⁾ ..	10 408 379	2 441	235								
Einrichtungen außerhalb der Kämmereihäushalte zusammen	10 408 379	28 585	2 746	+ 4,0	+ 4,0								
Insgesamt	10 408 379	44 177	4 244	+ 0,5	+ 0,3								
Nachrichtlich: Land Baden-Württemberg	10 408 379	57 819	5 555	+ 4,1	+ 4,0								

*) Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten, ohne Schulden der Unternehmen mit Beteiligung des Bundes. – 1) Beim Vorjahrvergleich die Hinweise im Text beachten! – 2) Einschließlich Schulden der Unternehmen mit mittelbarer Beteiligung der Kommunen unter 50 % in Höhe von ca. 7,6 Mill. DM. – 3) Einschließlich Beteiligungen mit 50 %.

gelegentlich eh schon kräftig in Bürgers Tasche greifen, um zum Beispiel per Konzessionsabgabe oder Gewinnausschüttung (statt der unter Umständen eigentlich erwünschten Thesaurierung oder Schuldentilgung) nicht unwesentliche Beiträge zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte leisten zu können.

Des weiteren darf nicht übersehen werden, daß die Kommunen seit 1990 jährlich bis zu 2 1/2 Milliarden DM Einnahmen aus Vermögensveräußerungen in ihren Jahresrechnungen auswiesen. Mag auch manches davon wieder angelegt worden sein: mit Sicherheit ist auch der Hort kommunalen Tafelsilbers begrenzt.

Kämmereischulden um 5 % gesunken, aber Anstieg der Eigenbetriebsschulden wieder zweistellig

Die Schulden im Kämmereihausalt der Kommunen nahmen in Baden-Württemberg 1998 um 5 % gegenüber dem Vorjahr ab (Tabelle 1). Sie beliefen sich am Jahresende auf 15,6 Mrd. DM.⁴

⁴ In der Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 15. April 1999 wurde anhand vorläufiger Auswertungen noch ein Rückgang um 4,8 % vermeldet; dies sind fast 30 Mill. DM weniger als im endgültigen Ergebnis.

Bezieht man den Betrag auf die Einwohnerzahl des Landes, so ergibt sich eine Verringerung gegenüber dem Vorjahr um 81 DM oder (da sich die Einwohnerzahl nur geringfügig geändert hat) um 5,1 % auf 1 498 DM.

Bei den Landkreisen ist nur eine Abnahme des Schuldenstandes um 0,1 % auf 2,9 Mrd. DM zu verzeichnen.⁵ Bei den Stadtkreisen wurden Schulden in Höhe von 4,4 Mrd. DM ermittelt, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahresstand um 9,4 % entspricht. Immerhin 4,4 % der Schulden konnten die kreisangehörigen Gemeinden des Landes abbauen. Ihr Schuldenstand beläuft sich Ende 1998 auf 8,2 Mrd. DM.

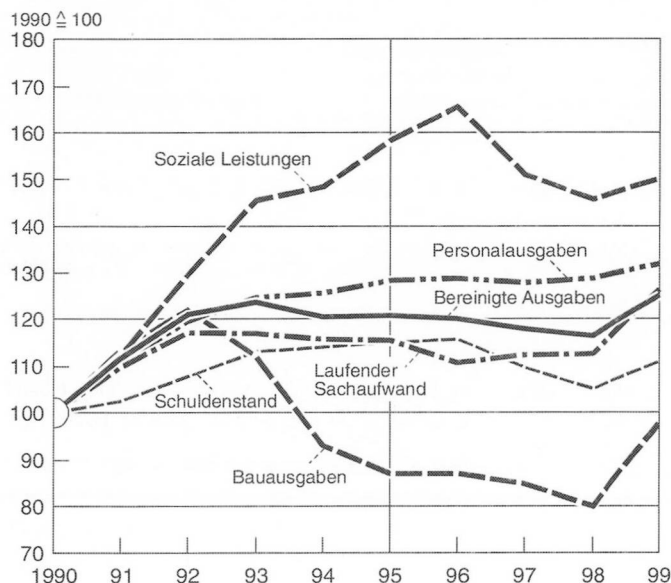
Fast erwartungsgemäß fiel dagegen der Anstieg der Schulden der kommunalen Eigenbetriebe zweistellig aus: Ein Zuwachs von 12,2 % ließ die Schulden im Vergleich zum Vorjahr auf einen Stand von nun 9,9 Mrd. DM anwachsen. Schon in den Vorjahren waren zweistellige Zuwächse, zum Teil von über 20 %, zu verzeichnen gewesen. Diese Zuwächse sind zum überwiegenden Teil Folge von Neugründungen, also Ausgliederungen von Aufgaben/Einrichtungen und entsprechenden Schulden aus den kommunalen Haushalten. Zählt man die kommunalen Kämmerer- und Eigenbetriebsschulden zusammen, so ergibt sich eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 1 %.

Wie wichtig es ist, das Auge besonders auch auf die Schulden der Eigenbetriebe zu richten, zeigen folgende Beispiele:

Die höchsten Schulden je Einwohner im Kämmererhaushalt Ende 1998 wies die Gemeinde Mahlstetten aus. Hier entfielen auf

⁵ Die geringe Tilgung wird verständlich vor dem Hintergrund der (zum Teil) erfolgreichen Klage der Landkreise vor dem Staatsgerichtshof gegen eine zu hohe Belastung mit Sozialausgaben; vgl. Stuttgarter Zeitung vom 11. Mai 1999: „Teilerfolg der Landkreise vor dem Staatsgerichtshof“. Eine gewisse Entlastung bringt die Novelle des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich vom Januar 1999 ab dem Jahr 2000.

Schaubild 1
Ausgewählte Ausgaben und Schuldenstand der Kommunen in Baden-Württemberg 1990 bis 1999*



Bis 1998 vierteljährliche kommunale Kassenstatistik, 1999 kommunale Haushaltsansatzstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

333 99

jeden der rund 750 Einwohner 3 815 DM. Bezieht man auch die Schulden der Eigenbetriebe mit ein, fällt die Gemeinde jedoch auf den 23. Platz der „Hitliste zur Pro-Kopf-Verschuldung“ zurück. Nun rangiert Grenzach-Wyhlen mit 6 333 DM je Einwohner auf Platz 1, knapp vor Heilbronn mit 6 290 DM je Einwohner. Während von den Großstädten Mannheim mit 5 390 DM je Einwohner gerade noch Platz 5 erreicht, ist Stuttgart – dank Sparkurs, relativ guter (Steuer-) Einnahmen, aber auch infolge von Auslagerungen in Privatrechtsformen – mit „nur“ noch 3 630 DM auf Platz 32 dieser Rangfolge. Dies entspricht jedoch immerhin 2,1 Mrd. DM Kämmerer- plus Eigenbetriebsschulden und bleibt erwartungsgemäß landesweiter Spitzenwert.⁶

Ein Blick auf die Schuldenstände der Kommunen nach Einwohnergrößenklassen scheint das alte (Vor-)Urteil zu bestätigen, wonach mit der Größe und der Bedeutung der Kommune der Finanzbedarf und damit im Zweifel wohl auch die Pro-Kopf-Verschuldung steige.⁷

Leider muß das Bild unvollständig bleiben, da die Schulden der Kommunen als Mitglied von Zweckverbänden oder Miteigentümer von Unternehmen in Privatrechtsform außen vor bleiben (müssen). Diese Daten lassen sich bei mehreren Miteigentümern nicht ohne weiteres zuordnen, und schon der Nachweis nach dem Unternehmenssitzort auf Kreisebene – welcher dieses Jahr noch nicht vorliegt – birgt erhebliche Interpretationsrisiken und soll nur recht grob aufzeigen, in welchen Regionen des Landes kommunale Schuldenberge besonders ausgeprägt sein dürften. Hier müßte eigentlich auch der (mit der ausgegliederten Einrichtung eventuell vereinbarte) Ausgleich von Unterschüssen durch die Kommune angemessen in die Betrachtung einbezogen werden, wenn sie sich als Folge letztlich unzureichender Kapitalausstattung ergeben.

Wenn sich auch die Finanzlage der Kommunen verbessert habe, so – beispielhaft für seine Kollegen – Regierungspräsident Wicker (Tübingen) im Zusammenhang mit der Prüfung der kommunalen Haushaltspläne 1999, so sei trotz relativ günstiger Entwicklung der Wirtschaft die Lage noch nicht stabil. Der Konsolidierungskurs müsse auf jeden Fall fortgesetzt werden.⁸

Der kommunale Sparkurs zwingt natürlich auch zum Abbau von Personal. Nach der Personalstandstatistik sind zwar seit Jahren Rückgänge bei den Personalzahlen der Kommunalverwaltungen und der Eigenbetriebe zu verzeichnen, sie sind jedoch zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf Ausgliederungen von Aufgaben (mit dem entsprechenden Personal) aus den kamerale Haushalten – und also weniger auf echten Personalabbau – zurückzuführen.

Betroffen von dem realisierten und angestrebten Personalabbau sind letztlich auch arbeitssuchende Jugendliche: Die Kommunen haben die Zahl ihrer Auszubildenden seit 1990 kontinuierlich gesenkt, und zwar von 13 140 auf 11 140 im Jahre 1998.

⁶ Angaben zu den Schulden der einzelnen Gemeinden im Kämmerer- und Eigenbetriebshaushalt können neben weiteren Informationen zum kommunalen Schuldenstand gegen Kostenerstattung auf Diskette beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Referat 51, angefordert werden. Das gleiche gilt für die Diskette „Kommunalfinanzen 1998“, welche wie im Vorjahr zusammengefaßte Einnahmen und Ausgaben auf Gemeindeebene enthält.

⁷ Diese an Thesen von Brecht und Popitz aus dem Jahre 1932 anknüpfenden Vermutungen bezüglich eines mit steigender Siedlungsdichte steigenden Finanzbedarfes werden zum Beispiel von Hans-Günter Henneke nachdrücklich zurückgewiesen. Vgl. „Kommunale Finanzausstattung als Standortvoraussetzung für ländliche Räume“, in: der Gemeindehaushalt, Heft 6/1997, S.121 - 131, insbesondere S. 126 f.

⁸ Vgl. Schwarzwälder Bote vom 4. Mai 1999: „Finanzlage der Kommunen besser“.

Verschuldung der öffentlichen Hand bedenklich hoch

Wenn auch der Konsolidierungs- und Tilgungsbedarf auf Bundesebene besonders ausgeprägt ist⁹ – er steht 1998 mit 1,454 Billionen DM oder 17 731 DM je Einwohner in der Kreide –, so haben doch auch die Bundesländer noch einiges zur Haushaltskonsolidierung zu leisten! Die Verschuldung des Landes Baden-Württemberg belief sich Ende 1998 auf 57,8 Mrd. DM. Faßt man die Schulden der öffentlichen Hand – also von Bund, Land und Kommunen – überschlägig zusammen, so begann (rein rechnerisch) jeder Einwohner des Landes Baden-Württemberg ohne Ansehen des Alters oder der Nationalität das Jahr 1999 mit über 26 000 DM Schulden der öffentlichen Hand, ganz zu schweigen von denen der ausgegliederten Einrichtungen in Privatrechtsform u.ä. sowie natürlich von seinen persönlichen Schulden.

Da tröstet es wenig, wenn das Land Baden-Württemberg und seine Kommunen im Vergleich zu den anderen alten Flächenländern in der Bundesrepublik Deutschland nach Bayern in puncto Verschuldung am günstigsten liegt. 1997 – für die anderen Länder liegen aktuelle Daten noch nicht vor – rangierten die Schulden des Landes einschließlich seiner Kommunen mit 8 047 DM je Einwohner rund 20 % unter dem Durchschnitt der alten Flächenländer.¹⁰

⁹ Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 18. Mai 1999: „Harte Schnitte im Sozialetat“. (Demnach plant der BMF enorme Kürzungen der Ausgaben, um die Belastung künftiger Generationen nicht noch mehr zu erhöhen.)

¹⁰ Der Bezug von Schulden auf alle Einwohner sollte eigentlich relativiert werden, denn zur Schuldentilgung (wie zur Versorgung der „Ruheständler“!) können ja nur die (künftigen) produktiven Jahrgänge oder die besonders Vermögenden beitragen. Die Altersstruktur differiert durchaus schon im Ländervergleich und erst recht auf kommunaler Ebene. Es sollten aber zum Beispiel unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs auch die Differenzen in der Entwicklung der Altersstruktur auf europäischer Ebene beachtet werden. Vgl. hierzu Cornelius, Ivar: Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2040, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1997, S. 218 ff. oder Statistisches Bundesamt: Die Bevölkerung der Europäischen Union heute und morgen, Wiesbaden, 1998, S. 74 ff.

Fast 40 Milliarden Ausgaben für 1999 geplant

Die Aussagekraft der kommunalen Haushaltsansatzstatistik unterliegt schon fast traditionell einigen Einschränkungen. So werden erfahrungsgemäß Einnahmen zu negativ geschätzt, demzufolge die Schuldaufnahme überhöht veranschlagt, aber dennoch die investiven Ausgaben hoch angesetzt. Die Angaben in *Schaubild 2* und in *Tabelle 2* zum Jahr 1999 dürfen also nicht überbewertet werden. Darüber hinaus gilt hier wie auch bei den obigen Angaben zu den Schuldenständen, daß bei Pro-Kopf-Werten oder Veränderungsraten mit einer breiten Streuung um den Landes- oder Größenklassendurchschnitt zu rechnen ist.

Trotz allem dürften die Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg 1999 bereinigte Ausgaben in Höhe von fast 40 Mrd. DM tätigen (*Tabelle 2*).¹¹ Gegenüber den kassenmäßigen Ist-Ausgaben im Vorjahreszeitraum werden sie damit rein rechnerisch – ein solcher Bezug ist aus verschiedensten Gründen nicht unproblematisch – etwa 7,5 % mehr ausgeben. Für die laufende Rechnung werden voraussichtlich 31,3 Mrd. DM aufgewandt. Davon entfallen auf Personalausgaben rund 10,1 Mrd. DM, für den laufenden Sachaufwand 7,7 Mrd. DM und auf soziale Leistungen 5,8 Mrd. DM.¹²

Die Ausgaben der Kapitalrechnung – also solche für investive Zwecke – sollen sich 1999 auf 8,6 Mrd. DM belaufen. Davon

¹¹ Die bereinigten Ausgaben enthalten keine haushaltstechnischen Verrechnungen und besondere Finanzierungsvorgänge.

Weitere differenzierte Angaben zur kommunalen Haushaltsansatzstatistik, welche alle Angaben der einzelnen Gemeinden enthält, sind erstmals auf zwei Disketten zu einem Einführungspreis von 80 DM (zuzüglich Versandkosten) beim Statistischen Landesamt bestellbar.

¹² Ob die von der Südwestpresse am 22. Mai 1999 vermeldete Trendwende bei der Zahl der Sozialhilfeempfänger (vgl. hierzu auch die zurückhaltendere Pressemitteilung Nr. 146/1999 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg vom 20. Mai 1999) auch bei den Ausgaben eintritt, scheint in Anbetracht des Balkankrieges wenig wahrscheinlich.

Tabelle 2
Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden/Gv. in Baden-Württemberg 1990, 1997 bis 1999

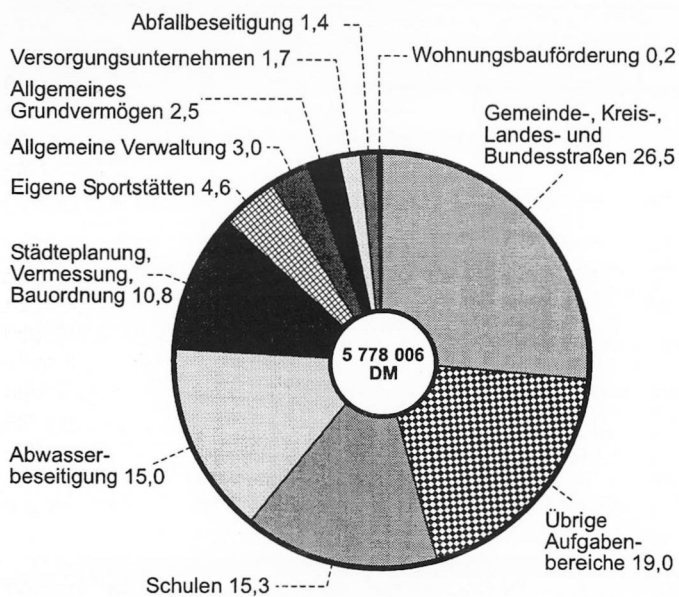
Einnahmen/Ausgaben	1990	1997	1998	1999	1998	1999	1990	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	Mrd. DM				Veränderung gegen Vorjahr in %		Anteil an bereinigten Einnahmen /Ausgaben in %				1990 $\hat{=}$ 100		
Bereinigte Einnahmen	32,6	37,3	39,1	38,4	+ 5,0	- 1,9	100	100	100	100	118	114	118
Steuern netto	12,4	13,7	15,1	14,5	+ 10,0	- 3,5	38,1	35,7	38,5	37,9	110	110	117
Zuweisungen und Zuschüsse ..	12,3	15,7	16,8	16,5	+ 7,0	- 2,1	37,7	42,2	43,0	42,9	128	137	134
Gebühren	3,7	3,9	3,9	4,2	- 0,3	+ 5,6	11,4	11,1	10,1	10,8	115	107	112
Veräußerungen von Vermögen	1,8	2,5	2,4	2,2	- 2,3	- 10,5	4,5	6,4	6,2	5,7	142	138	124
Bereinigte Ausgaben	31,9	37,7	37,2	40,0	- 1,3	+ 7,5	100	100	100	100	120	118	125
Personalausgaben	7,6	9,8	9,8	10,1	+ 0,7	+ 2,4	23,9	25,6	26,4	25,2	129	128	132
Laufender Sachaufwand	6,1	6,8	6,9	7,7	+ 0,3	+ 12,2	19,1	17,6	18,5	19,3	111	112	126
Soziale Leistungen	3,9	5,8	5,6	5,8	- 3,7	+ 3,0	12,1	16,6	15,1	14,4	166	151	150
Bauausgaben	5,9	5,0	4,7	5,8	- 5,7	+ 22,1	18,5	13,4	12,7	14,4	87	85	98
Nachrichtlich:													
Schuldenstand	15,1	16,4	15,4	16,8	- 5,8	+ 8,5	47,3	44,6	41,5	166,5	113	109	111
Schuldenstand Eigenbetriebe	3,3	8,8	9,9	X	+ 12,2	X	10,2	17,5	26,5	X	207	268	X
Schuldenstand insgesamt	18,4	25,2	25,3	X	+ 0,5	X	57,5	66,9	68,1	X	137	138	X

Quelle: Vierteljährliche kommunale Kassenstatistik, Schuldenstandstatistik, ohne Regionalverbände. 1999 aus Haushaltsansatzstatistik.

Schaubild 2

Bauausgaben der Gemeinden/Gv. in Baden-Württemberg 1999 nach Aufgabenbereichen*)

Anteile in %



*) Daten der kommunalen Haushaltsansatzstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

338 99

¹³ So fördert laut Staatshaushaltsplan das Land den sozialen Wohnungsbau 1999 mit 415 Mill. DM, während es 1995 noch 890 Mill. DM waren.

¹⁴ Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 3. Mai 1999: „Landeshauptstadt Stuttgart: 2 Mill. mehr gegen Schlaglöcher“. (Mehr Verkehr, mehr Straßen nach hohen Einsparungen zur Haushaltskonsolidierung zeitigen relativ hohen Instandhaltungsaufwand!).

Die zur Jahresrechnungsstatistik 1997 von den Kommunen gemeldeten 2,4 Mrd. DM Gesamtausgaben für Unterhalt und Bau von „Straßen, Wegen und Brücken“ entsprechen in etwa einer Ausgabenhöhe, die erst- und letztmals 1991/92 erreicht wurde.

sind 5,8 Mrd. DM für Baumaßnahmen vorgesehen. Letztere liegen damit – nach langer „Talfahrt“ in den Vorjahren – auf einem Ausgabeniveau, welches schon Mitte der 80er Jahre erstmals erreicht wurde, aber wohl infolge der 1998 recht günstigen Einnahmen deutlich über den kassenmäßigen Ausgaben des Vorjahres. Da gerade ein Großteil der überdurchschnittlich investierenden Bereiche der Kommunen ausgegliedert wurde und wird, läßt sich jedoch über den vermutlich vorhandenen Nachholbedarf bei kommunalen Investitionen nur spekulieren. Im Zusammenhang mit der relativ hohen Zuwachsrate der Steuereinnahmen 1998 ist jedoch auch die in diesem Jahr eingeführte Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer – als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer – in Höhe von 0,7 Mrd. DM zu erwähnen. Darüber hinaus hat das Land mit rund 7 % über dem Vorjahr liegenden Zuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich und insgesamt 9,6 Mrd. DM Zuweisungen an die Kommunen 1998 zur Füllung der kommunalen Kassen beigetragen.

Betrachtet man die geplanten Bauausgaben nach Aufgabenbereichen, so unterscheiden sich die Ergebnisse relativ wenig von denen des Vorjahres (*Schaubild 2*). Mittel für Bauten der Verkehrsunternehmen, der Abfall- und Versorgungsunternehmen sind infolge der schon früher erfolgten weitgehenden Ausgliederung dieser Bereiche aus den Kämmereihaushalten kaum noch angesetzt worden. Dies trifft zum Teil auch auf die Wohnbauförderung zu. Deren Planansatz wurde gegenüber 1998 zwar fast verdoppelt, rangiert aber letztlich nur bei 14 Mill. DM. Hier sparen wohl Land und Kommunen.¹³ Kräftig aufgestockt sollen 1999 die Mittel für den Straßenbau werden. Gegenüber den kassenmäßigen Ist-Ausgaben des Vorjahres ist mit einem Zuwachs von etwa 32 % zu rechnen. Inwieweit hier noch Mittel zum Erhalt des Straßennetzes kommen, läßt sich anhand der Haushaltsansatzstatistik leider nicht ermitteln. Doch auch bei den Ausgaben für „Straßen, Wege, Brücken“ wird sich bald zeigen, ob die relativ hohen Einsparungen in der 1. Hälfte der 90er Jahre vertretbar waren oder künftig überproportional hohe Reparaturaufwendungen zur Folge haben werden.¹⁴

Adalbert Ullrich